

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 17/98

Berlin

A. Ex

23. April 1998

65. Jahrgang

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Die in der Republik Belarus verfolgte Wirtschaftspolitik konnte im Jahr 1997 den Anschein vermitteln, als habe sie große Erfolge zu verzeichnen. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug beachtliche 10 %. Dennoch hatten die drei Institute diesem Wachstum keine Aussicht auf Dauerhaftigkeit zugebilligt. Im Frühjahr 1998 hat sich diese Einschätzung durch den dramatischen Verfall der Währung bestätigt. Die weißrussische Wirtschaftspolitik zeigt jedoch bislang keine Neigung, eine Kurskorrektur einzuleiten.¹

Produktion, Investitionen, Preise

Das außerordentlich kräftige Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 1997 konnte im weiteren Verlauf des Jahres beibehalten, zum Teil sogar noch beschleunigt werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm um 10 % zu. Die verschiedentlich geäußerte Vermutung, daß es sich bei diesem hohen Wirtschaftswachstum um eine statistische Fiktion handeln müsse, läßt sich nicht schlüssig belegen. Es muß davon ausgegangen werden, daß es tatsächlich zu einer deutlichen Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten gekommen ist. Allerdings existieren unübersehbare statistische Ungereimtheiten, auf die in einigen Fällen hinzuweisen sein wird. Wichtiger ist es jedoch, zu einer Identifikation und Einschätzung der Ursachen des Wachstums zu kommen, vor allem um die weiteren Perspektiven herauszuarbeiten.

Eine Betrachtung der Verwendungsseite des BIP vermittelt den Eindruck, daß die entscheidenden Impulse für die Belebung des wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus vom privaten Verbrauch, gemessen am Einzelhandelsumsatz, und

von der Investitionstätigkeit ausgegangen sind, für die reale Zuwachsraten von jeweils etwa 20 % ausgewiesen wurden (Tabelle 1). Die (entgeltlichen) Dienstleistungen für private Haushalte expandierten real um 7 %. Dagegen ist — soweit die verfügbaren Informationen Aussagen zulassen — vom Staatsverbrauch und von den Lagerinvestitionen kein Impuls ausgegangen. Der Außenhandelsbeitrag insgesamt war zwar negativ, jedoch verbirgt sich hinter dieser Entwicklung eine starke Zunahme der Exporte.

Entstanden ist der Zuwachs des BIP vor allem aus äußerst kräftigen Entwicklungen der Industrieproduktion und des Wohnungsbaus. Sowohl wegen ihrer hohen Anteile am BIP als auch wegen der überdurchschnittlichen Wachstumsraten (17,6 bzw. 46 %) prägen diese Bereiche entscheidend das wirtschaftliche Gesamtbild. In der Mehrheit der Industriezweige (Tabelle 2) verlief das Wirtschafts-

¹ Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 314/1998, IWH Forschungsreihe 3/98 sowie im Frühjahr 1998 in: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa — Sammelband 1998, erhältlich beim Bundesministerium für Wirtschaft.

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren
Veränderungen gegenüber Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	.	-1	-10	-8	-13	-10	3	10
Industrieproduktion ¹⁾	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	17,6
Agrarproduktion ¹⁾	-7,8	-8,0	-16,9	-4,0	-15,8	-11,7	1,1	2,9
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20
Gütertransportvolumen ²⁾	-3	-6	-25	-30	-36	-26	-19	7
Beschäftigte	1	-3	-3	-1	-3	-6	-1	0
Einzelhandelsumsatz ¹⁾	15	-8	-22	-14	-10	-23	31	20
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	18	94	755	1 390	2 008	496	80	
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	61	88
Reallöhne	14	4	-12	-7	-31	-5	5	15
Verbraucherpreise								
Jahresdurchschnitt	5	94	971	1 190	2 221	709	53	64
Dezember zu Dezember	.	.	.	1 997	1 960	244	39	63
Industrielle Erzeugerpreise								
Jahresdurchschnitt	.	165	531	1 787	1 916	499	32	89
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 857	140	29	90
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9	2,8

1) Real. — 2) Auf Tonnen-Basis.

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1997; Belarus Economic Trends, June 1997, S. 21 ff.; MinStat: Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 169.

wachstum noch wesentlich dynamischer, als der Industriedurchschnitt erkennen läßt, und zwar mit Wachstumsraten von bis zu 35 % (Eisen- und Stahlindustrie). Deutlich unterdurchschnittlich verlief nur die Entwicklung in der Brennstoffindustrie (-1 %) und in der Elektrizitätswirtschaft (6 %).

Hinter der Produktionsbelegung in der Industrie stehen zwei Hauptfaktoren. Für die Eisen- und Stahlindustrie, den Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung, die Chemie und Petrochemie dürfte die starke Zunahme von Exporten eine entscheidende Bedeutung haben. Dabei handelt es sich vornehmlich um Exporte in den GUS-Raum, vor allem nach Rußland, die im Rahmen von Barter-

Handel zustande gekommen sind.² Die Chemische und Petrochemische Industrie konnte jedoch auch andere Märkte wieder beliefern, so vor allem Mineralfänger nach Brasilien, in die VR China und die USA.³ Im Fall der Holz- und Holzverarbeitungsindustrie sowie in der Baustoffindustrie spielten neben dem Export auch die verstärkten Bauaktivitäten in Belarus selbst eine wichtige Rolle.

² Naučno-issledovatel'skij ekonomičeskij institut ministerstva ekonomiki Respubliki Belarus' (NIEI): Obščaja ocenka ekonomičeskogo razvitija Respubliki Belarus' za 1997 g., Minsk 1998, S. 6.

³ Ebenda.

Tabelle 2

Industrieproduktion nach Zweigen
Veränderungen gegenüber Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Industrie insgesamt ¹⁾	2	-1	-9	-10	-17	-12	4	18
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2	6
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5	-1
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-14	-13	-1	23	35
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	2	26
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7	18
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14	31
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	-4	28
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12	27
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-6	-13	6	18

1) Ohne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1997, S. 108 f.; Minstat: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki' Belarus', janvar'-ijul' 1997, Minsk 1997.

Tabelle 3

Investitionsentwicklung in konstanten Preisen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Investitionen insgesamt	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20
Produzierender Bereich	5	4	-40	-13	-10	-29	2	12
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	0	16
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-16	5
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-32	9
Verkehr	3	39	-27	7	-24	0	0	21
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-5	100	81	-19
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	19	-4
Materialversorgung und Absatz	38	-27	-38	48	-24	-15	27	68
Nichtproduzierender Bereich	16	4	-7	-16	-12	-33	-14	31
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-5	46
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-12	7
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-30	28
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-1	29
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-24	25
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-65	149
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	138	28	-41	-16

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1997, S. 162, 166; Nr. 12/1996, S. 159 und 164 f.; Nr. 7/1997, S. 166 ff.

Für die Belebung der Investitionstätigkeit war die äußerst kräftige Zunahme des Wohnungsbaus ein entscheidender Faktor (Tabelle 3). Zur Jahresmitte 1997 mußte noch konstatiert werden, daß die steigende Produktion der beiden Bereiche Industrie und Wohnungsbau nicht zur Folge hatte, daß in diesen Bereichen selbst eine Belebung der Investitionstätigkeit ausgelöst worden wäre. Auch nach Ablauf der ersten drei Quartale 1997 wies die offizielle Statistik noch einen Rückgang der Investitionen in der Bauwirtschaft um 10 % aus. Das letzte Quartal 1997 muß dann von einer außerordentlich bemerkenswerten Belebung der Investitionen in der Bauwirtschaft gekennzeichnet gewesen sein, denn für das Gesamtjahr 1997 weist die Statistik nicht mehr einen Rückgang, sondern sogar einen sehr kräftigen Zuwachs von 9 % aus. Eine Umkehr in dieser Größenordnung ist zwar rein mathematisch möglich; realwirtschaftlich und bei Kenntnis der saisonalen Charakteristik der Bauwirtschaft ist eine solche Entwicklung dagegen schwer nachvollziehbar.

Es bleibt festzuhalten, daß der Wohnungsbau, ein wichtiger Pfeiler des Wirtschaftswachstums, vor allem durch extrem billige Kredite angeregt wurde, die zu stark negativen Realzinsen zweckgebunden ausgereicht wurden.⁴ Diese Finanzierung auf dem Wege der Geldschöpfung schlug sich aber deutlich in einem Anstieg sowohl der Verbraucher- als auch der industriellen Erzeugerpreise nieder (Tabellen 1 und 4). Das Niveau der Verbraucherpreise nahm 1997 um 63 % und das der industriellen Erzeugerpreise um 90 % zu (jeweils Dezember zu Dezember). Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine äußerst starke Beschleunigung des Preisanstiegs, woran auch Versuche administrativer („disziplinarischer“) Eingriffe in die Preisbildung nichts änderten.

Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten nahm 1997 erstmals seit 1990 zu (+44 000 Personen). Die prozentual stärksten Zugänge (Dezember 1997 zu Dezember 1996) verzeichneten die Forstwirtschaft (6,5 %), der Großhandel (6,7 %), das Bildungswesen (5,5 %) und das Bankgewerbe (5,2 %). Lediglich in der Landwirtschaft ist die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen (-3,2 %).

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen lag Ende Dezember 1997 bei 126 200 Personen, das sind 56 300 Personen weniger als im Dezember 1996. Die Arbeitslosenquote sank auf 2,8 % (Dezember 1996: 3,9 %). Da in den Jahren 1991 bis 1995 das BIP weitaus stärker gesunken war als die Beschäftigung, ist weiterhin von einer erheblichen verdeckten Arbeitslosigkeit auszugehen.

Die Anzahl der den Arbeitsämtern gemeldeten freien Stellen nahm zu. Auf eine freie Stelle entfielen im Dezember 1997 vier gemeldete Arbeitslose, im Vergleich zu zwölf im Dezember 1996. Von den Arbeitsämtern wurden im abgelaufenen Jahr 156 600 Personen vermittelt, 132 000 Arbeitslose zu „gesellschaftlicher Arbeit“ herangezogen und 930 Arbeitslose beim Übergang in die Selbständigkeit finanziell unterstützt. Mit Mitteln der Arbeitsämter wurden 6 400 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Einkommen der privaten Haushalte

Die Löhne stiegen 1997 real um 14,7 %. Die Lohnrückstände blieben, im Vergleich mit Rußland, in Belarus gering und betragen im Dezember 1997 nur etwa 6,5 % einer

⁴ Das heißt, es handelt sich de facto um Zuschüsse.

Tabelle 4

Monatliche Preisentwicklung 1994 bis 1998
Veränderungen gegenüber Vormonat in %

	Verbraucherpreise					Industrielle Erzeugerpreise				
	1994	1995	1996	1997	1998	1994	1995	1996	1997	1998
Januar	40,7	39,2	5,6	13,3	3,9	24,3	44,4	4,0	18,5	3,9
Februar	18,7	33,7	4,0	6,6	3,1	17,4	13,2	0,3	15,4	3,8
März	10,2	20,0	2,0	2,3	3,3	11,9	9,5	1,1	5,3	
April	28,6	14,5	1,5	4,3		37,0	7,5	1,6	7,0	
Mai	28,7	3,4	0,6	5,0		32,4	1,7	0,4	5,9	
Juni	19,5	2,5	2,3	4,5		22,0	1,3	2,1	2,5	
Juli	26,6	5,2	2,0	1,4		17,5	2,4	1,7	2,3	
August	53,4	3,0	1,3	1,0		42,5	5,2	3,5	1,4	
September	25,5	5,2	1,8	5,0		41,1	5,0	2,1	2,3	
Oktober	25,7	3,4	1,3	3,2		41,6	2,1	1,6	2,4	
November	40,5	3,7	3,9	1,8		28,4	2,7	2,2	2,4	
Dezember	31,3	3,9	7,4	2,3		26,4	2,2	5,5	2,6	

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1997, S. 205 und 229; Nr. 12/1996, S. 193 und 217; Nr. 7/1997, S. 202 und 226.

Monatslohnsumme. Der reale Zuwachs der Durchschnittsrente betrug 9,5 %, nachdem die Rentner im Vorjahr noch Einkommensverluste hatten hinnehmen müssen (-2,3 %). Angaben über Geldeinkommen und Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, aus Vermögen und aus sonstigen Einkommensarten liegen nur für die ersten zehn Monate vor. Danach sind die gesamten realen Geldeinkommen gegenüber Januar bis Oktober 1996 um 5 % gestiegen.

Das Realeinkommenswachstum ist nur schwer in Übereinstimmung mit der wesentlich höheren Zuwachsrate des realen Einzelhandelsumsatzes zu bringen. Dies gilt auch dann noch, wenn berücksichtigt wird, daß der Anteil der Konsumausgaben an den verfügbaren Geldeinkommen in den ersten neun Monaten 1997 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 73 auf 75,8 %⁵ gestiegen ist. Insgesamt ergibt sich daraus eine Zunahme der realen Konsumausgaben von etwa 9 %, der ein Anstieg des realen Einzelhandelsumsatzes von 20 % gegenübersteht. Hinzu kommt, daß die privaten Haushalte ihre Bankeinlagen erhöht haben.

Mit dem schnelleren Wachstum der Reallöhne gegenüber den anderen Einkommensarten erhöhte sich ihr Anteil an den verfügbaren Geldeinkommen der privaten Haushalte auf 56 %⁶. Bei etwa gleichbleibendem Anteil der sozialen Transfers ging der Anteil aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögen und sonstigen Einkommensarten bis Oktober 1997 auf etwa 28 % zurück.

Die Lohndifferenzierung nahm gegenüber dem Vorjahr wieder zu, nachdem sie sich 1996 verringert hatte. Überdurchschnittlich stiegen die Löhne 1997 vor allem in der Industrie, im Bau- und im Bankgewerbe, während die geringsten Lohnzuwächse in der Landwirtschaft, im Post- und Fernmeldewesen, im Wohnungs- und Gesundheitswesen sowie im kulturellen Bereich zugelassen wurden. Die höchsten Löhne werden im Bankgewerbe (204 % des Durchschnitts), in der Staatsverwaltung (143 %), im Großhandel (131 %) und im Baugewerbe (132 %) gezahlt, die

niedrigsten Löhne in der Landwirtschaft (58 %) und im Bereich Kunst und Kultur (70 %).

Obwohl die realen Renten stiegen, erreichte das Niveau der Durchschnittsrente nur 80 % des Existenzminimums (1996: 74 %). Die im Verlauf des Jahres mehrmals erhöhte Mindestaltersrente entspricht 51 % des Existenzminimums (1996: 40 %), die Sozialrente gar nur 26 %. Während die Relation des Durchschnittslohnes zum Existenzminimum 205 % betrug, belief sich die Relation beim Mindestlohn nur auf 15 % (1996: 16 %).

Öffentliche Haushalte

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Aussagekraft der öffentlichen Haushalte für die Beurteilung der staatlichen Aktivitäten weiter abnimmt. Staatliche Eingriffe in die Produktion und in die Kreditvergabe sowie das schleppende Vorankommen eigentumsrechtlicher Veränderungen sind Ausdruck erheblicher quasi-fiskalischer Aktivitäten. Folglich ist auch der Informationsgehalt der für 1997 ausgewiesenen Defizitquote von 2,1 % des BIP relativ gering.⁷ Insbesondere gibt diese Defizitquote nicht an, in welchem Ausmaß sich der umfassend definierte Staatssektor neu verschuldet hat. Da Belarus der Zugang zum internationalen Kapitalmarkt weitgehend verschlossen bleibt,

⁵ Vgl. Nacyjanal'naja ekanamičnaja gazeta Nr. 45/1997, S. 28.

⁶ Die Angaben zur Struktur der Einkommen beziehen sich auf den Zeitraum Januar bis Oktober 1997; vgl. Nacyjanal'naja ekanamičnaja gazeta Nr. 49/1997, S. 5.

⁷ Das Haushaltsgesetz hatte für 1997 ein Defizit von 3,3 % des BIP vorgesehen; vgl. Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Negative Konsequenzen der Reformrückschritte werden sichtbar. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/1997. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 295/1997, IWH Forschungsreihe 4/97.

Tabelle 5

Konsolidierter Haushalt
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Plan ¹⁾
Struktur in %							
Einnahmen							
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,4	28,0	28,1	29,7	31,1
Akzisen	8,9	12,1	10,6	7,9	12,5	13,0	15,7
Gewinnsteuer	25,8	29,7	30,7	21,6	14,5	14,7	13,6
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	9,3	10,5	10,1	..
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	4,9	8,0	..	5,0	4,0
Mineralölsteuer	2,4	2,6	2,2	1,7	0,5
Immobiliensteuer	0,6	0,9	1,3	2,5	1,9
Zölle etc.	1,6	6,9	9,2	5,7	6,7	8,2	12,8
Sonstige Einnahmen	7,8	5,4	6,4	15,4
Ausgaben							
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,9	19,9	16,2	11,5
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	35,9	42,8	48,7	42,9	21,1
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,7	..	1,5	2,3
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,7	..	3,9	9,0
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	..	4,7	5,3
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	2,4	6,2	7,7
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	1,1	3,2	3,1
Schuldendienst	2,0	1,2	0,6	0,6	..	1,9	3,8
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,2	27,9	19,5	36,3
Saldo in % der Ausgaben	-5,7	-13,1	-8,7	-8,5	-6,7	-6,1	-14,5
Anteile am B I P in %							
Einnahmen							
Insgesamt	32,3	37,0	36,8	30,0	27,5	32,1	20,7
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,4	7,7	9,5	6,4
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,4	3,4	4,2	3,2
Gewinnsteuer	8,3	10,8	10,9	6,4	4,0	4,7	2,8
Einkommensteuer	2,4	2,7	2,7	2,8	2,9	3,2	..
Tschernobylsteuer	2,7	2,8	1,8	2,4	..	1,6	0,8
Mineralölsteuer	0,8	1,0	0,8	0,5	0,1
Immobiliensteuer	0,2	0,3	0,5	0,7	0,5
Zölle etc.	0,5	2,6	3,4	1,7	1,8	2,6	2,6
Sonstige Einnahmen	2,5	2,0	2,3	4,6
Ausgaben							
Insgesamt	34,3	42,3	39,9	32,3	30,2	34,4	24,2
Volkswirtschaft	14,3	16,3	11,0	7,1	6,0	5,5	2,8
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,8	14,3	13,9	14,7	14,7	5,1
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,5	..	0,5	0,6
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,5	..	1,4	2,2
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	..	1,6	1,3
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	0,7	2,1	1,9
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,1	0,3	1,1	0,7
Schuldendienst	0,7	0,5	0,2	0,2	..	0,7	0,9
Sonstige Ausgaben	0,6	4,0	7,0	3,3	..	6,7	8,8
Saldo	-2,0	-5,6	-3,6	-2,8	-2,0	-2,1	-3,5

¹⁾ Nur Republikshaushalt (ohne Gemeinden).

Quellen: Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1997, S. 81 ff.; Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 175 ff.; Berechnungen der Institute.

erfolgte auch 1997 die Finanzierung der Defizite vor allem über die Ausgabe von staatlichen Schuldverschreibungen und direkten Zentralbankkrediten.

Anders als in der Russischen Föderation konnten in Belarus die Einnahmen des konsolidierten Haushalts 1997 gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden (1996: 27,5 % des BIP; 1997: 32,1 %; vgl. Tabelle 5). Die Mehrwertsteuer war die wichtigste Einnahmequelle; auf Mehrwertsteuer und Akzisen entfielen zusammen mehr als 40 % der Einnahmen. Trotz des BIP-Zuwachses konnte das Gewinsteueraufkommen gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gesteigert werden. Nach wie vor ist die Einkommensteuerbelastung in Anlehnung an sowjetische Traditionen gering; das Einkommensteueraufkommen nahm trotz der Beschäftigungsausweitung 1997 gegenüber dem Vorjahr nur mäßig zu. Die Einkommensverwendung wird faktisch deutlich stärker als die Einkommensentstehung besteuert. Hinter dieser Entwicklung steckt die politische Entscheidung, diskretionäre Steuervergünstigungen im Bereich der Gewinnsteuer zu gewähren. Durch diese Steuervergünstigungen nehmen die Anreize ab, bei der Einkommensentstehung in die Schattenwirtschaft auszuweichen oder die tatsächlichen Gewinne zu unterzeichnen.

Die Ausgaben expandierten im Jahresverlauf ungleichmäßig; im Gesamtjahr 1997 erreichten sie ein Ausmaß von 34 % des BIP. Noch bis November hatten die Gesamtausgaben unter der 30-Prozentmarke gelegen; der Haushalt war bis zu diesem Zeitpunkt nahezu ausgeglichen. Hinter der drastischen Ausgabenerhöhung im Dezember stand die Vergabe von Zentralbankkrediten zur Finanzierung zusätzlicher Subventionen und Transfers, die zu einem erheblichen Teil unter den Posten „sonstige Ausgaben“ gefaßt wurden. Warum die zusätzlichen Staatsausgaben angesichts der ohnehin expandierenden Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt getätigt wurden, ist unklar. Bildung, Kultur und Soziales hatten, wie im Vorjahr, mit 40 % den größten Anteil an den Gesamtausgaben. Formal hat es weitere Kürzungen bei der Position „Volkswirtschaft“ gegeben. Diese dürften allerdings durch Umbuchungen, Steuervergünstigungen und präferentielle Kredite an ausgewählte Unternehmen kompensiert worden sein.⁸ Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts wurden zu 40 % von den Regionen getätigt. Die Tendenz zur Rezentralisierung spiegelt sich in einer abnehmenden Bedeutung des vertikalen Finanzausgleichs; 1997 standen dafür nur noch 15 % der Ausgaben des Staatshaushalts zur Verfügung (1996: 20 %)⁹.

Aufgrund einer negativen Realverzinsung der Staatsverschuldung lag das Primärdefizit¹⁰ des konsolidierten Haushalts 1997 bei 1,4 % des BIP; nur 0,7 % wurden für den Schuldendienst ausgegeben. Die zur Finanzierung des Defizits ausgereichten Zentralbankkredite und der Kauf staatlicher Wertpapiere durch die Zentralbank bedingten eine weitere Expansion der Geldmenge. Bereits im Herbst 1997 hatten die Institute darauf hingewiesen, daß bei dieser Form der Defizitfinanzierung die Inflation wieder beschleunigt wird. Den Haushaltsplanungen für 1998 liegt die

Annahme zugrunde, daß die Monatsinflation etwa 2 % betragen wird. Unter dieser Voraussetzung soll sich das Defizit des Staatshaushalts auf 3,5 % des BIP belaufen. Auf der Einnahmeseite soll der ohnehin vorhandene Trend zu indirekten Steuern verstärkt werden.¹¹ Es ist davon auszugehen, daß die ad hoc verfügbaren Steuervergünstigungen weiter ausgebaut werden.¹²

Geld- und Währungspolitik

Die Regierung hat die Geldpolitik 1997 noch stärker als in den Vorjahren dazu benutzt, ausgewählte Wirtschaftsbereiche zu subventionieren. In den ersten fünf Monaten 1997 wurden sämtliche Kredite der Zentralbank an die Geschäftsbanken mit der Auflage verbunden, sie an bestimmte Unternehmen weiterzureichen.¹³ Damit ging einher, daß die Kredite zu real stark negativen Zinsen vergeben wurden, die deutlich unter dem offiziellen Refinanzierungssatz von 40 % lagen (Abbildung 1). Es gibt keine Hinweise, daß sich daran im weiteren Jahresverlauf etwas geändert hätte. Aufgrund der subventionierten Kreditvergabe betrug der mit den Kreditvolumina gewichtete durchschnittliche Refinanzierungssatz am Jahresende 1997 nominal nur 8,9 % bzw. real -19,9 % p.a. Die durch negative Realzinsen gewährten Subventionen beliefen sich über das gesamte Jahr 1997 hinweg schätzungsweise auf 2 % des BIP.

Nutzníeßer der gelenkten Kredite waren mit der Landwirtschaft und dem Wohnungsbau jene Sektoren, die in besonderem Maße von Preiskontrollen betroffen waren. Mit dieser Politik verhindert die Regierung die Entwicklung funktionsfähiger Kreditmärkte. Sie trägt zur Fehlallokation von Ersparnissen bei und setzt falsche Anreize für die Wirtschaft. Administrativ niedrig gehaltene Preise für Nahrungsmittel und Mieten hindern die Produzenten in den genannten Sektoren daran, ihre Kosten über Preise zu

⁸ Die Posten „Volkswirtschaft“ und „Bildung, Kultur und Soziales“ des konsolidierten Haushalts werden vorrangig (zu etwa 65 bzw. 69 %) von den nachgeordneten Gebietskörperschaften finanziert. Auch deshalb weicht die Ausgabenstruktur des konsolidierten Haushalts von der des geplanten Republikshaushalts (Tabelle 5) deutlich ab.

⁹ Vgl. *Belorusskij rynek*, Nr. 50-51/1997, S. 21.

¹⁰ Das Primärdefizit bezeichnet Einnahmen minus Ausgaben ohne Schuldendienst.

¹¹ Vgl. *Belorusskij rynek*, Nr. 50-51/1997, S. 21.

¹² Vorgesehen sind auch Einzahlungen in ein mit der Russischen Föderation gemeinsam geführtes „Unionsbudget“ (1 % der Gesamtausgaben). Über das Unionsbudget sollen Kooperationen auf der Unternehmensebene zwischen beiden Nachfolgerepubliken der Sowjetunion gefördert werden. Vgl. *Belorusskij rynek*, Nr. 50-51/1997, S. 1.

¹³ In den ersten fünf Monaten 1997 machten die gelenkten Kredite 93 % der Zentralbankkredite aus. Vgl. IWF, *Belarus — Recent Economic Developments*, Washington, D.C., 1997.

Abbildung 1

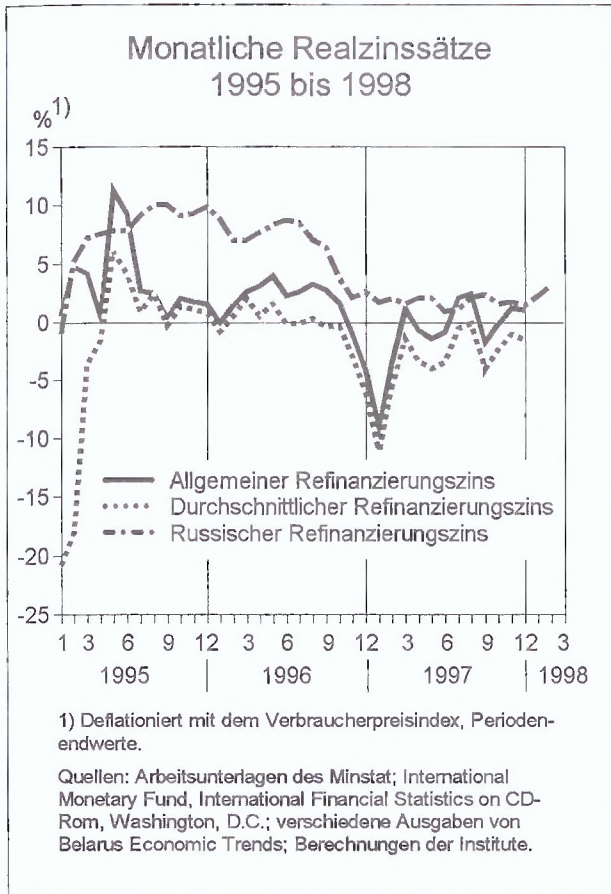


Tabelle 6

Wachstum der Geldmengenaggregate 1992 bis 1997
in % gegenüber Ende der Vorperiode

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Geldbasis	728	604	1 897	286	78	107
M3 ¹⁾	508	985	1 894	158	52	111
<i>Memorandum:</i>						
Verbraucherpreise	1 556	1 997	1 960	244	39	63
Erzeugerpreise	4 091	3 868	1 857	140	29	90

1) Einschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quellen: International Monetary Fund, Belarus — Recent Economic Developments, Washington, D.C., 1997; Belarus Economic Trends (verschiedene Ausgaben); Arbeitsunterlagen des Minstat; Berechnungen der Institute.

der Geldbasis stellt (Tabelle 7). Entsprechend dem Bemühen der Regierung, Subventionsausgaben aus dem offiziellen Haushalt in das Bankensystem zu verlagern, war der stärkste Anstieg bei den (gelenkten) Krediten an Geschäftsbanken zu verzeichnen. Sie nahmen im Gesamtjahr nominal um mehr als 150 % zu. Die Verbindlichkeiten der Regierung gegenüber der Zentralbank stiegen im Jahresverlauf dagegen zunächst kaum an. Im Zuge des deutlich höheren Haushaltsdefizits im Dezember nahm die Regierung allerdings wieder in erheblichem Umfang Mittel bei der Zentralbank auf, so daß ihre Verbindlichkeiten gegenüber November nahezu um ein Drittel anstiegen. Für das Gesamtjahr war daher insgesamt real ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

decken. Um dennoch die Produktion dieser Güter zu gewährleisten, subventioniert man die Produzenten mit verbilligten Krediten. Unternehmen in anderen Sektoren müssen entweder erheblich höhere Zinsen zahlen oder ihre Investitionen ausschließlich aus eigenen Gewinnen finanzieren. Die subventionierten Kredite werden nicht auf der Basis von Kreditwürdigkeitsprüfungen vergeben, sondern nach der Höhe der ohne Subventionen ausgewiesenen oder zu erwartenden Verluste. Anstöße für die Unternehmen, sich umzustrukturieren und gewinnorientiert zu wirtschaften, gehen von einer solchen Politik nicht aus.

Die Geldpolitik war 1997 expansiv ausgerichtet. Die Geldbasis und die erweiterte Geldmenge M3 haben sich mehr als verdoppelt (Tabelle 6). Daher hat die Regierung ihr Ziel verfehlt, die Inflation auf dem 1996 erreichten Niveau zu stabilisieren. Im Verlauf des ersten Quartals 1998 hob die Zentralbank den offiziellen Refinanzierungszins schrittweise auf 50 % an. Eine spürbar dämpfende Wirkung von Zinserhöhungen auf das Wachstum der Geldmengenaggregate und die Inflation wäre davon jedoch nur zu erwarten, wenn der Großteil der Zentralbankkredite nicht wie bisher zu ermäßigten, real negativen Zinsen vergeben würde.

Das Wachstum der Geldbasis ging 1997 hauptsächlich auf die inländische Komponente zurück, die nahezu 90 %

Die Netto-Reserven in konvertiblen Währungen stiegen von Februar bis November 1997 von 6,5 Mill. US-Dollar auf den Stand von 117 Mill. US-Dollar. Dieser Anstieg hatte auf die Entwicklung der Geldbasis kaum einen Einfluß, da die Währungsreserven weiterhin einen sehr geringen Anteil an den Aktiva der Zentralbank haben.¹⁴ Zudem gingen die Währungsreserven im Dezember 1997 wieder um 28 Mill. US-Dollar zurück. Im Laufe der ersten beiden Monate des Jahres 1998 mußten die Reserven nahezu völlig zur Kursstützung verwendet werden.¹⁵

Der in den Vorjahren aufgetretene Zielkonflikt zwischen Geld- und Wechselkurspolitik wurde 1997 vorübergehend entschärft. Der untaugliche Versuch, den nominalen Wechselkurs trotz der expansiven Ausrichtung der Geldpolitik stabil zu halten, wurde aufgegeben, da er zu einer starken realen Aufwertung und erheblichen Zahlungsbilanzproblemen geführt hatte.¹⁶ Die drastische nominale Abwertung des offiziellen Wechselkurses zum US-Dollar im Januar 1997 um 35 % schlug sich zunächst in einer

¹⁴ Die Brutto-Währungsreserven hätten zu keinem Zeitpunkt der Beobachtungsperiode ausgereicht, um die Importe eines Monats zu finanzieren.

¹⁵ Vgl. z.B. Minsk Economic News, Nr. 10, März 1998.

¹⁶ So waren die Reserven an konvertibler Währung in den ersten zwei Monaten 1997 um fast 90 % gefallen.

Tabelle 7

Herkunft und Verwendung der Geldbasis 1996 und 1997
Anteile in %

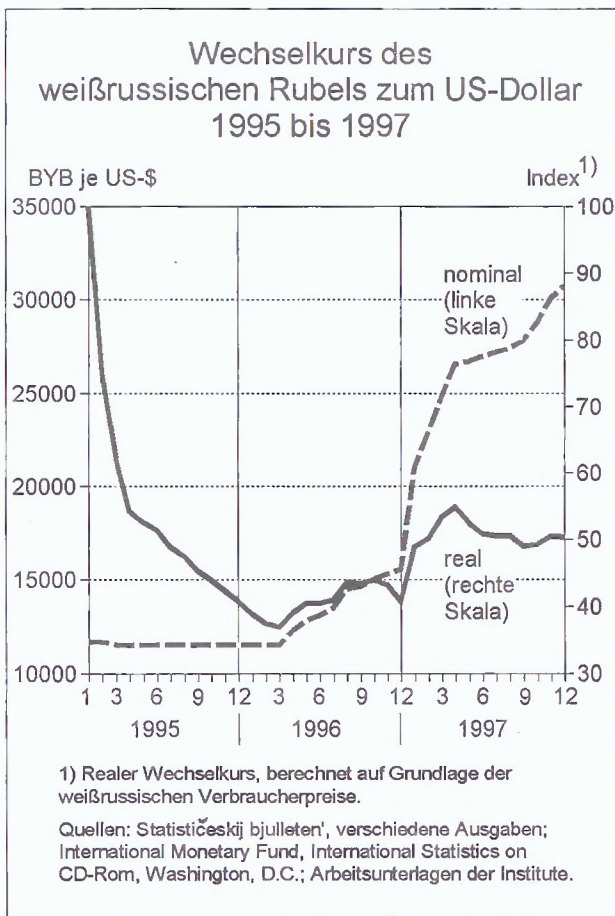
	1996				1997			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
<i>Herkunft</i>								
Devisenreserven (netto)	17,1	7,8	14,8	7,6	4,3	14,7	13,1	10,1
Inländische Aktiva (netto)	82,9	92,2	85,2	92,4	95,7	85,3	86,9	89,9
Forderungen an die Zentralregierung (netto)	64,6	71,9	61,6	61,5	75,2	62,5	45,3	49,3
Forderungen an die Banken (netto)	37,2	42,0	50,1	55,2	66,0	59,6	72,3	67,5
Sonstige Aktiva (netto)	-19,9	-22,4	-26,8	-25,6	-46,6	-37,7	-31,3	-27,6
<i>Verwendung¹⁾</i>								
Bargeld	56,2	63,4	53,4	51,0	56,3	52,9	48,1	48,7
Pflichtreserven der Geschäftsbanken	22,3	21,7	25,4	24,2	29,9	29,9	29,7	29,5
Überschußreserven	19,9	13,1	19,0	22,5	11,3	11,7	18,7	19,7

¹⁾ Die Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100 % besteht aus „sonstigen“ Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden.

Quellen: International Monetary Fund (1997), Belarus — Recent Economic Development, Washington, D.C., 1997; Belarus Economic Trends (verschiedene Ausgaben); Arbeitsunterlagen des Minstat; Berechnungen der Institute.

moderaten realen Abwertung nieder, die sich aber im weiteren Jahresverlauf nicht fortsetzte (Abbildung 2).

Abbildung 2



Die Regierung hat die Regulierung der Devisenmärkte am Jahresende 1997 gelockert. Die Obergrenze, bis zu der am Markt festgestellte Wechselkurs für Bartransaktionen vom offiziellen Kurs der Zentralbank abweichen durfte, wurde abgeschafft. Zu Beginn des Jahres 1998 wurde auch der Interbankenmarkt für Devisen teilweise dereguliert. Außerdem ist die Liste der Ausnahmen von der Pflicht, 30 % der Exporterlöse in Devisen zum offiziellen Kurs an die Zentralbank abzuführen, ausgeweitet worden.¹⁷ Die vorher zu beobachtende Lücke zwischen den Marktkursen in Minsk und dem freien Kurs am Moskauer Devisenmarkt schloß sich danach weitgehend. Der Kurs bewegte sich Mitte März 1998 bei 55 000 BYB/US-Dollar. Der offizielle Wechselkurs der Zentralbank lag zuletzt aber weiterhin um etwa ein Drittel niedriger und war damit gegenüber dem Marktkurs neuerlich deutlich überbewertet.

Selbst der Marktkurs hat sich jedoch inzwischen als nicht zu halten erwiesen. In der zweiten März-Hälfte 1998 mehrten sich die Anzeichen, daß Rußland in Zukunft für seine Energielieferungen mehr Barzahlung verlangen und weniger weißrussische Waren im direkten Tausch akzeptieren wird. Dies hat zu einer massiven Flucht aus dem weißrussischen Rubel geführt. Nachdem der Kurs zum US-Dollar an der Moskauer Börse bis auf fast 70 000 Rubel gefallen war, wurde der Handel bis auf weiteres ausgesetzt. Wie in der Vergangenheit hat die weißrussische Regierung auf die Schwäche der Währung mit neuerlichen massiven Eingriffen in die Devisenmärkte reagiert. Solche Maßnahmen verschärfen jedoch die Probleme und können das Vertrauen der Märkte in den weißrussischen Rubel nicht wiederherstellen. Angesichts der offenbar weiterhin nicht auf

¹⁷ Vgl. Belarus Economic Trends, Monthly Update, November 1997, S. 9; Dezember 1997, S. 9.

Tabelle 8

Zahlungsbilanz (Mill. US-Dollar)¹⁾

	1996	1996 1. bis 3. Quartal	1997 1. Quartal	1997 2. Quartal	1997 3. Quartal	1997 1. bis 3. Quartal
Außenhandel	-1 336	-925	-475	-366	-203	-1 044
Exporte	5 404	4 012	1 439	1 658	2 025	5 122
Importe	-6 739	-4 937	-1 913	-2 025	-2 228	-6 166
Nichtfaktordienstleistungen	430	296	113	150	132	395
Einnahmen	740	514	173	226	254	653
Ausgaben	-310	-218	-61	-75	-122	-258
Faktor-Dienstleistungen	-65	-43	-14	-9	-20	-43
Einnahmen	1	0	0	12	3	15
Ausgaben	-66	-43	-14	-21	-24	-59
Transfers	62	50	17	19	15	51
<i>Saldo der Leistungsbilanz</i>	<i>-909</i>	<i>-622</i>	<i>-359</i>	<i>-207</i>	<i>-75</i>	<i>-641</i>
Kapitaltransfers	47	47	15	41	26	82
Direktinvestitionen	70	4	52	47	21	120
Portfolioinvestitionen	5	0	7	-6	-28	-27
Handelskredite	304	123	68	295	-75	288
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr etc.	39	44	1	-1	16	16
Kurzfristiger Kapitalverkehr — privat und staatlich	13	-13	-18	-6	-49	-73
Wertberichtigung ausländischer Verbindlichkeiten	—	—	—	—	14	14
<i>Saldo der Kapitalverkehrsbilanz</i>	<i>478</i>	<i>205</i>	<i>125</i>	<i>370</i>	<i>-75</i>	<i>419</i>
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	182	298	179	-75	149	253
<i>Finanzierungssaldo</i>	<i>249</i>	<i>119</i>	<i>55</i>	<i>-88</i>	<i>2</i>	<i>-31</i>
Reserveaktiva ²⁾	48	-3	38	-68	-8	-38
Sonderfinanzierung ³⁾	203	114	17	-22	12	7
Überfällige Kredite	—	—	5	—	—	10
Überfällige Gasrechnungen	—	—	—	—	—	91
Überfällige Stromrechnungen	—	—	12	—	—	30
Rückerstattung von überfälligen Gasrechnungen in vergangenen Perioden	—	—	—	—	—	-125

¹⁾ In Anlehnung an die Gliederung der weißrussischen Nationalbank. Handelsdaten für das Jahr 1996 enthalten nicht die Ausfuhr von Waffen in der Höhe von 370 Mill. US-\$. Ebenfalls nicht enthalten im Jahre 1996 (4. Quartal) ist das Begleichen von noch offenen Rechnungen für Gazprom-Lieferungen durch unverkaufte Produkte aus Belarus in der Höhe von 840 Mill. US-\$. — ²⁾ „—“ bedeutet Zunahme der Nettoauslandsforderungen. — ³⁾ Für 1996 einschließlich nicht aufgliederbarer „sonstiger“ Kapitalströme.

Quellen: Belarus Economic Trends (verschiedene Ausgaben); Minstat.

die Stabilisierung des Geldwertes ausgerichteten Geldpolitik¹⁸ wäre die Regierung daher gut beraten, das multiple Wechselkursregime abzuschaffen und den offiziellen Kurs freizugeben.

Außenwirtschaft

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz in den ersten neun Monaten des Jahres 1997 war durch eine Ausweitung des Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizits gekennzeichnet (Tabelle 8). Einer positiven Entwicklung bei den Exporten standen stark steigende Importe gegenüber, so daß das Handelsbilanzdefizit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 119 Mill. US-Dollar zunahm. Die übrigen Teilbilanzen der Leistungsbilanz änderten sich kaum. Aus Sicht der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist damit von der Entwicklung des Außenhandels kein positiver Impuls für das gesamtwirtschaftliche Wachstum ausge-

gangen. Selbst bei einer Zunahme des Leistungsbilanzdefizits kann jedoch dann ein positiver Wachstumseffekt ausgelöst werden, wenn die Importe das gesamtwirtschaftlich verfügbare Ressourcenpotential erhöhen.

Hinter der positiven Exportentwicklung stehen offenbar in erster Linie vermehrte Ausfuhren in den GUS-Raum,¹⁹ nachdem in den vorhergehenden Jahren eine Verschlechterung des Handels mit diesen Ländern zu verzeichnen gewesen war.²⁰ Für Rußland, das seinen Ausfuhrüber-

¹⁸ Per 1. April wurde der Refinanzierungszinssatz von 50 auf 44 % gesenkt; vgl. z.B. Reuters vom 2. April 1998.

¹⁹ NIEI, op. cit., S. 3 ff.

²⁰ Vgl. Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Verordneter Wachstum ohne Perspektive? Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1997. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 307/1997, IWH Forschungsreihe 7/97.

schoß gegenüber den Ländern der GUS im Jahr 1997 ausweiten konnte,²¹ verläuft der Handel mit Belarus entgegen dem Trend. Für Belarus war damit der bilaterale Außenhandel 1997 praktisch ausgeglichen,²² nachdem 1996 noch ein Defizit von etwa 0,5 Mrd. US-Dollar im Handel mit Rußland verbucht worden war.

Die offenbar positive Entwicklung der Exporte nach Rußland ist auf drei Faktoren zurückzuführen. Erstens stieg der Preis des russischen Rubels in weißrussischer Währung von Dezember 1996 bis Dezember 1997 um rund 80 %. Bei einer Inflationsdifferenz von etwa 50 Prozentpunkten bedeutet dies eine deutliche reale Abwertung des weißrussischen Rubels. Zweitens wird ein Großteil des Handels mit Rußland in Form von Bartergeschäften abgewickelt,²³ so daß durch die Festlegung der Tauschkonditionen möglicherweise zusätzliche Preiskonzessionen gemacht werden konnten. Schließlich sind Handelsverträge auf regionaler Ebene geschlossen worden, mit denen die Aufnahme alter Handelsbeziehungen wieder ermöglicht wurde.

Das Leistungsbilanzdefizit wurde zu etwa gleichen Teilen durch Kapitalzuflüsse und Zuflüsse bei den statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen finanziert. Bei den Kapitalzuflüssen dominierten die erhaltenen Handelskredite mit 288 Mill. US-Dollar. Hiervon wiederum kann ein erheblicher Anteil durch Schulden gegenüber Gazprom erklärt werden. Anfang Dezember 1997 beliefen sich die Schulden Weißrußlands gegenüber Gazprom auf 293 Millionen US-Dollar; davon waren 121 Millionen seit Beginn des Jahres aufgelaufen.²⁴ Zudem war bei den Direktinvestitionen ein Mittelzufluß in Höhe von 120 Mill. US-Dollar zu verzeichnen, der damit zwar weiterhin sehr niedrig, zugleich aber deutlich über den Werten der Vorjahre lag.

Wie schon im Jahr 1996 wiesen die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen einen Mittelzufluß aus; dieser hat sich 1997 offenbar noch vergrößert. Eine Erklärung könnte im Anstieg des Transithandels mit Rußland zu finden sein. Dafür spricht, daß Rußlands Importe gewachsen sind, und somit auch eine Zunahme der über Belarus abgewickelten Importe wahrscheinlich erscheint.

Insgesamt bleibt die Bereitschaft Rußlands, die weißrussische Wirtschaftspolitik finanziell zu unterstützen, zentral für die außenwirtschaftliche Entwicklung des Landes. Nachdem Gazprom im Dezember 1997 angekündigt hatte, seine Gaslieferungen auf die Hälfte zu kürzen, wurde diese Kürzung auf politischen Druck hin auf 10 % zurückgenommen. Gleichzeitig wurde jedoch der Anteil der bar zu begleichenden Schulden von 10 auf 30 % erhöht.²⁵ Die Bereitschaft Rußlands, als Rettungsanker des Regimes zu fungieren, scheint weiter zu sinken.

Ordnungspolitik

Auf dem Gebiet der Privatisierung hat es in Belarus im Vergleich zu anderen Transformationsländern keine deutli-

chen Fortschritte gegeben. Ende 1997 waren nur 14 % der Erwerbstätigen in den (teil-)privatisierten oder umgewandelten Unternehmen beschäftigt. Die Voucherprivatisierung ist faktisch zum Stillstand gekommen, da der Staat in nur geringem Umfang Aktien im Rahmen der Scheckprivatisierung anbietet.²⁶ An diesem Bild ändert auch die Tatsache nichts, daß im Rahmen anderer Privatisierungsmethoden eine größere Zahl von Unternehmen (569) als in den beiden Vorjahren in die Privatisierung einbezogen war (Tabelle 9). Nahezu ein Drittel dieser Unternehmen wurde lediglich in staatliche Aktiengesellschaften umgewandelt. Bei Unternehmen in Republikseigentum wurde sogar in der Hälfte der Fälle nur eine reine Rechtsformtransformation vorgenommen. Privatisierungen, wie Direktverkäufe und Auktionen, fanden vor allem auf kommunaler Ebene statt. Veräußert wurden dabei überwiegend kleinere Handels- und Dienstleistungsbetriebe. Allerdings wurde das ursprüngliche Ziel, die sogenannte „kleine Privatisierung“ bis Ende 1997 abzuschließen,²⁷ nicht realisiert.²⁸ Als neuer Abschlußtermin ist nun die Jahresmitte 1999 vorgesehen. Es ist indes fraglich, ob dieser Termin eingehalten werden kann, da sich gemessen an der Anzahl der Unternehmen das Tempo der Privatisierung kommunaler Unternehmen weiter verlangsamt hat. Von den meist großen Unternehmen im Republikseigentum wurde bislang sogar nur etwa ein Fünftel (teil-)privatisiert oder umgewandelt.²⁹

Am 1. Januar 1998 ist ein Präsidialdekret in Kraft getreten, das dem Staat die Möglichkeit einräumt, in Kapital-

²¹ Vgl. Russian Economic Trends, 1. Quartal 1998.

²² Vgl. NIEI, op. cit., S. 4.

²³ Ministerpräsident Ling bezifferte den Anteil auf 80 %; vgl. RFE/RL Newline, Vol. 2, Nr. 54, Teil II vom 19. März 1998, Belarus Economic Trends, 12/97, S. 8.

²⁴ Belarus Economic Trends, Dezember 1997, S. 8.

²⁵ Im März 1998 erhob Rußland vorübergehend die Forderung, die Barquote auf 70 % zu erhöhen.

²⁶ Ein Gesetzesentwurf sieht nun vor, daß die an die Bevölkerung ausgegebenen Schecks auch bei Privatisierungen anderer Bereiche (u.a. Boden) verwendet werden können. Vgl. Belorusskij rynok, Nr. 2/1998, S. 7; zum Konzept der Voucherprivatisierung siehe: Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1994, S. 428. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 234/1994, IWH Forschungsreihe 4/1994.

²⁷ Vgl. Zakon Respubliki Belarus': „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v nekotorye zakonodatel'nye akty Respubliki Belarus' po voprosam razgosudarstvennija i privatizacii gosudarstvennoj sobstvennosti“, in: Vedomosti Verchovnogo Soveta Respubliki Belarus', Nr. 23/1996, S. 46.

²⁸ Bis zu diesem Zeitpunkt waren nur etwa 40 % der kommunalen Betriebe privatisiert bzw. umgewandelt worden. Die Berechnung des Anteils wurde auf der Grundlage der Mitte 1995 bestehenden kommunalen Betriebe vorgenommen; neuere Angaben liegen nicht vor. Vgl. Belorusskaja delovaja gazeta vom 17. August 1995, S. 10; Materialien des Wirtschaftsministeriums der Republik Belarus'.

²⁹ Vgl. Belorusskij rynok, Nr. 1/1998, S. 8.

Tabelle 9

Umgewandelte und privatisierte Unternehmen
Anzahl und Privatisierungsverfahren 1991 bis 1997

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Insgesamt
Privatisierte und umgewandelte Unternehmen	61	190	244	632	468	526	569	2 690
Privatisiert durch:								
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	76	459
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0	0	137
Direktverkauf, Auktion	11	52	92	251	172	208	220	1 006
sonstige Verkäufe	—	—	—	—	—	39	95	134
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	4	71	217	260	221	178	954
davon:								
Republikseigentum	19	32	140	184	53	136	192	756
Privatisiert durch:								
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	5	1	108
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	0	23
sonstige Verkäufe	—	—	—	—	—	39	95	134
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	3	68	152	52	92	96	466
Kommunales Eigentum	42	158	104	448	415	390	377	1 934
Privatisiert durch:								
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	53	75	351
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	74	248	172	208	220	983
Umwandlung in Aktiengesellschaften	0	1	3	65	208	129	82	488

Quelle: Belorusskij rynek, Nr. 31/1996, S. 14, Nr. 5/1997, S. 7, Nr. 29/1997, S. 21; Materialien des Wirtschaftsministeriums der Republik Belarus.

gesellschaften, an denen er noch Anteile besitzt, eine „Goldene Aktie“ einzuführen.³⁰ Die „Goldene Aktie“ verleiht ihm ein Gestaltungsrecht in wichtigen Unternehmensentscheidungen (unter anderem Reorganisation, Liquidation). Damit kann der Staat sogar nachträglich in den bereits mehrheitlich privatisierten Unternehmen seinen Einfluß erhöhen.³¹ Grundsätzlich galt dies zunächst auch für Unternehmen, an denen Ausländer beteiligt sind. Nachdem jedoch ausländische Investoren ihren Rückzug ankündigten, wurde bestimmt, daß in den gemischt weißrussisch-ausländischen Unternehmen eine „Goldene Aktie“ nur mit Zustimmung des ausländischen Investors eingeführt werden darf.³² Zwar ist, solange Ausführungsbestimmungen nicht erlassen sind, die volle Tragweite der Einführung von „Goldenen Aktien“ noch nicht abzusehen. Die ursprünglichen Bestimmungen des Dekrets können jedoch als ein Hinweis darauf gewertet werden, daß der Staat eine tatsächliche Privatisierung, die den neuen Eigentümern Entscheidungsfreiheit garantieren würde, sogar im nachhinein zu verhindern versucht.

Daß der Staat seinen Einfluß auf die Wirtschaft erhöht, zeigt sich auch an den Bemühungen, privatwirtschaftliche Aktivitäten zu behindern. Eine Maßnahme hierzu war die Neuregistrierung³³ von Unternehmen, die zu einer starken Abnahme insbesondere der Zahl der Betriebe im nicht-staatlichen Bereich³⁴ geführt hat: Während von den rund 12 620 staatlichen Unternehmen nur etwa 1 000 Unter-

nehmen die Neuregistrierung verweigert wurde, mußten von den 62 560 nichtstaatlichen Betrieben, die den Registrierungsprozeß durchliefen, etwa 36 200 ihre Tätigkeit einstellen.³⁵ Hiervon waren auch Privatbetriebe betrof-

³⁰ Vgl. Ukaz Presidenta Respubliki Belarus' „Ob osnovnom prave („zoltoj akcii“) gosudarstva na učastie v upravlenii akcionernymi obščestvami“, in: Sobranie Dekretov, Ukazov Prezidenta i Postanovlenij Pravitel'stva Respubliki Belarus', Nr. 32/1997, S. 69 ff.

³¹ Im Unterschied hierzu kann in der Russischen Föderation die „Goldene Aktie“ nur im Zusammenhang mit einer anstehenden Privatisierung eingeführt werden, und dann auch nur in jenen Unternehmen, deren Privatisierung der Zustimmung der Regierung oder des Staatlichen Komitees für Eigentum (Goskomimuščestvo) bedarf. In Weißrußland dürfen auch kommunale Organe über die Einführung der „Goldenen Aktie“ entscheiden. Vgl. Belorusskij rynek, Nr. 5/1998, S. 18.

³² Vgl. Minsk Economic News, Nr. 3/1998, S. 5.

³³ Vgl. zur Neuregistrierung: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Verordnetes Wachstum ohne Perspektive. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1997, S. 891. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 307/1997, IWH Forschungsreihe 7/97.

³⁴ Zum „nichtstaatlichen“ Sektor gehören neben den rein privaten Unternehmen auch Unternehmen des „kollektiven“ Sektors sowie des „gemischten“ Sektors.

³⁵ Belorusskaja delovaja gazeta vom 6. November 1997, S. 9.

fen.³⁶ Der rein private Sektor hat während der letzten Jahre daher weiter an Bedeutung eingebüßt. 1997 waren nur noch 6,4 % (1995: 7,8 %) der Beschäftigten in Privatbetrieben tätig.³⁷

Im November 1997 sind weitreichende Veränderungen und Ergänzungen zum Gesetz „Über die Unternehmen in der Republik Belarus“ vom Dezember 1990 beschlossen worden. Eine Ergänzung betrifft den Art. 67 des Gesetzes, der Unternehmen eigentlich die selbständige Planung ihrer Tätigkeit gewährleistet. In der Ergänzung wird nun ausdrücklich bestimmt, daß der Eigentümer seinem Unternehmen Produktionsaufträge erteilen kann.³⁸ Damit hat der Staat auch das Recht, aufgrund seines Anteils (unter anderem der Goldenen Aktie) das Produktionsvolumen in (teil-) staatlichen Unternehmen ungeachtet des Rentabilitätskalküls administrativ festzulegen. Hinzu kommt, daß seit Sommer 1997 verstärkt administrative Eingriffe in den Preismechanismus zu beobachten sind.³⁹

Statt die notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen einzuleiten, sind auf ordnungspolitischem Gebiet weitere Rückschritte zu verzeichnen. Die punktuellen Eingriffe in Unternehmen häufen sich, und planwirtschaftliche Lenkungsmechanismen haben breiten Raum gegriffen.

Zusammenfassung und Ausblick

Der in der Republik Belarus unternommene Versuch, Wachstum durch planwirtschaftliche Methoden zu erreichen, ist Anfang 1998 jäh gescheitert. Im Jahr 1997 konnte die Wirtschaftspolitik den Anschein vermitteln, als habe sie große Erfolge zu verzeichnen. Das statistisch ausgewiesene Wachstum des realen BIP betrug nicht weniger als 10 %. Gleichwohl hatten die drei Institute diesem Wachstum jene Qualitäten abgesprochen, die seine Dauerhaftigkeit erwarten ließen. Im März 1998 erwies sich dann diese kritische Einschätzung als nur allzu gerechtfertigt. Die Kumulation wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen schlug sich in einem zusammenbrechenden Wechselkurs des weißrussischen Rubels nieder.

Auf den ersten Blick war das kräftige BIP-Wachstum des abgelaufenen Jahres 1997 beeindruckend. Der private Verbrauch und die Investitionen nahmen um jeweils etwa 20 % zu, die Industrieproduktion wuchs — insbesondere wegen kräftig gestiegener Exporte nach Rußland — um 18 %. Vor allem aber expandierte der Wohnungsbau mit 46 % außerordentlich stark. Die Wohnungsbauaktivitäten waren auch die entscheidende Komponente der gestiegenen Investitionen.

Die fatalen Schwachpunkte der wirtschaftlichen Belebung bestanden darin, daß sie mit planwirtschaftlichen Instrumenten erzwungen und mit Krediten zu stark negativen Realzinsen finanziert wurde. De facto handelte es sich um staatliche Zuschüsse, die auf dem Wege der Geldschöpfung finanziert wurden. Im Zuge dieser Aktivitäten hat sich die Geldmenge mehr als verdoppelt. Praktisch

sämtliche Kredite der Zentralbank wurden mit einer Zweckbindung versehen, d.h. an Geschäftsbanken mit der Auflage vergeben, die Mittel an bestimmte Unternehmen weiterzureichen. Die Subventionierung einzelner Wirtschaftsbereiche, vor allem der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft, erfolgte somit nicht über die Finanzpolitik — entsprechend niedrig fiel auch das Haushaltsdefizit aus. Die Rolle der Finanzpolitik übernahm vielmehr die Geldpolitik. Ihr punktueller Einsatz als Subventionsinstrument mußte nicht nur mit einer Fehlallokation von Ressourcen einhergehen, sondern machte auch eine Inflationsbeschleunigung unausweichlich. Trotz staatlicher Eingriffe in die Preisbildung gelang es nicht, einen Anstieg der Inflationsrate auf 64 % zu verhindern. Es ergab sich eine Überbewertung des weißrussischen Rubels, die in Verbindung mit gespaltenen Wechselkursen zu einem steigenden Leistungsbilanzdefizit führte. Bei dessen Finanzierung spielt Rußland eine entscheidende Rolle.

Einer der Auslöser für den dramatischen Kursverfall des weißrussischen Rubels im März 1998 war dann auch die zu Ende gehende Bereitschaft der russischen Seite, Energielieferungen zu kreditieren. In der Krise zeigte die weißrussische Wirtschaftspolitik Reflexe, denen keinerlei marktwirtschaftliche Züge mehr anhaften. Auf die im Zuge des Wechselkursverfalls einsetzende Preisbeschleunigung wurde mit der staatlichen Anordnung reagiert, sämtliche Preise auf das Vorkrisenniveau zurückzusetzen. Diese Anordnung gilt für staatliche wie private Unternehmen. Zugleich ergingen Aufrufe an die Bevölkerung, keine Panikkäufe zu tätigen. Von der Zentralbank wurde ein „höheres Maß an bedingungsloser Ausführung von Entscheidungen des Ministerrats“⁴⁰ verlangt. Zur Unterstreichung dieser Forderung wurde der Präsident der Zentralbank entlassen und durch den Initiator des staatlichen Wohnungsbauprogramms ersetzt. Der weißrussische Ministerpräsident kündigte gar an, den Transit russischen Erdgases nach Westeuropa zu blockieren, wenn die Gaslieferungen an Belarus, wie angekündigt, bei Nichtzahlung gekürzt würden.⁴¹ Einstweilen beschuldigt der weißrussi-

³⁶ Ein weiterer Versuch, die Aktivitäten kleiner Privatbetriebe zu erschweren, war eine Ende 1997 eingeführte Steuer. Diese wäre nachträglich zu entrichten gewesen und hätte eine hohe Belastung für die Kleinbetriebe bedeutet. Nachdem es Anfang 1998 zu starken Widerständen durch Kleinunternehmer kam, wurde die Steuer wieder abgeschafft. Vgl. RFE/RL Newslines, Vol. 2, Nr. 24, Part II vom 5. Februar 1998, Minsk Economic News, Nr. 5/1998, S. 1.

³⁷ Vgl. Materialien des Wirtschaftsministeriums der Republik Belarus sowie Ministerstvo statistiki i analiza Respubliki Belarus' (Minstat): Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1996, S. 49.

³⁸ Vgl. Zakon Respubliki Belarus' „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Zakon Respubliki Belarus' 'O predpriyatijach v Respubliki Belarus'“, in: Vedomosti Nacional'nogo Sobranija Respubliki Belarus', Nr. 34/1997, S. 48 ff.

³⁹ Vgl. Belorusskaja delovaja gazeta vom 5. Juni 1997, S. 15; Belorusskij rynok, Nr. 3/1998, S. 1.

⁴⁰ So der Leiter der Präsidialverwaltung im weißrussischen Fernsehen, vgl. auch Reuters vom 21. März 1998.

⁴¹ Vgl. z.B. Reuters vom 18. März 1998.

sche Präsident abwechselnd russische Banken und den Westen, die Krise geplant zu haben, um die Situation in Belarus zu destabilisieren und vorgezogene Wahlen zu erzwingen.⁴²

Dabei liegen die wirtschaftlichen Probleme der Republik Belarus eindeutig in dem Unwillen des Regimes begründet, Reformen durchzuführen. Die daraus resultierenden Schwierigkeiten sind nicht neu, sie treten aber in dem Maße deutlicher hervor, wie Rußland aufhört, die verfehlte Politik seines Nachbarlandes zu alimentieren. Die Aussichten auf russische Hilfe sind schon in der Vergangenheit immer schlechter geworden. Dazu kommt nun die weitere Einengung der finanziellen Spielräume Rußlands.

Für 1998 rechnen die Institute nicht damit, daß es der weißrussischen Regierung gelingen wird, die Auswirkungen der Abwertung auf die Preise zu unterdrücken. Schon allein aus diesem Grund ist mit einer Beschleunigung der Inflationsrate über das 1997 erreichte Niveau hinaus zu rechnen. Eine Fortführung der Politik des vergangenen Jahres ist ohne negative realwirtschaftliche Auswirkungen nicht vorstellbar. Für eine wirtschaftspolitische Neubesinnung und einen Neuanfang gibt es keinerlei Anzeichen. Die Institute rechnen daher mit einem Ende der wirtschaftlichen Scheinblüte und mindestens einer Stagnation, möglicherweise sogar einem Rückgang des BIP.

⁴² Weißrussisches Fernsehen; vgl. auch Reuters vom 20. März 1998.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU — Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brückner, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brückner, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röllner, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schreittl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.
Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus — Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 2 Prospekte des DIW —